

Angebotserklärung

(Firma und Betriebssitz des Bieters)

Deutsche Bahn AG
Beschaffung Infrastruktur
Region Mitte
FS.EI-M-A
Hahnstraße 49
60528 Frankfurt/Main

(Anschrift der beschaffenden Stelle)

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Zeichen	Ort, Tag
19FEI42610	29.11.2019		

Angebot für einen Vertrag über

Sicherungs- und bauaffine Dienstleistungen für den Umbau der Verkehrsstation Treysa in km 62,2 auf der Strecke (3900) Kassel – Frankfurt

Wir bieten die in anliegender Leistungsbeschreibung beschriebenen Leistungen zu den eingesetzten Preisen gemäß den nachfolgenden Bedingungen des Vertrages für Sicherungsleistungen und/oder bauaffinen Dienstleistungen durch Unterschrift unter diesem Vertrag an.

Der Auftraggeber nimmt dieses Angebot, ggf. mit den vereinbarten Änderungen, durch Unterschrift unter dem Vertrag zu dem bei der Unterschrift angegebenen Datum an.

Bewerbungsbedingungen

Die Bewerbungsbedingungen lt. Bekanntmachung für die Vergabe von Sicherungsleistungen und bauaffinen Dienstleistungen vom 19.04.2017 haben wir beachtet.

Binde-/Zuschlagsfrist

An dieses Angebot und die jeweils als Anlage 5 eingereichten Nebenangebote halten wir uns bis zum **15.02.2020** gebunden. Wurde bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist kein Auftrag erteilt, wurde das Angebot nicht berücksichtigt.

Nebenangebote

Wir haben Änderungsvorschläge/Nebenangebote auf besonderer Anlage gemacht und deutlich gekennzeichnet. Für jedes Nebenangebot haben wir jeweils die Anlage 5 ausgefüllt.

Berufsgenossenschaft

Wir sind seit dem Mitglied folgender Berufsgenossenschaft:

In deren Unternehmerverzeichnis sind wir eingetragen unter Nr.:

Verbundenheit mit Ingenieurbüros

Wir teilen mit, ob und in wieweit wir mit dem/den vom AG beauftragten Ingenieurbüro(s) verbunden (gesellschaftsrechtlich verbunden im Sinne § 18 AktG / verwandtschaftliche Beziehungen zwischen Organen des Bieters und Organen des Ingenieurbüros) oder wirtschaftliche Abhängigkeit besteht. Bei Bietergemeinschaften gilt, dass jedes einzelne Mitglied eine entsprechende Erklärung abzugeben hat.

Beteiligte(s) Ingenieurbüro(s):

1. Sweco GmbH, 60317 Frankfurt am Main
2. WSP Infrastructure Engineering GmbH
3. Ingenieurbüro Kurock

Art der Verbundenheit: ☐ keine zu Nummer
☐ wirtschaftlich zu Nummer
☐ gesellschaftsrechtlich / verwandtschaftlich zu Nummer

Verbundenheit mit anderen Sicherungsunternehmen

Wir teilen mit, ob und in wieweit wir mit anderen Sicherungsunternehmen verbunden sind (gesellschaftsrechtlich verbunden im Sinne § 18 AktG / verwandtschaftliche Beziehungen zwischen geschäftsführenden Organen) oder eine wirtschaftliche Abhängigkeit besteht. Bei Bietergemeinschaften gilt, dass jedes einzelne Mitglied eine entsprechende Erklärung abzugeben hat.

Art der Verbundenheit: ☐ keine zu Nummer
☐ wirtschaftlich zu Nummer
☐ gesellschaftsrechtlich / verwandtschaftlich zu Nummer

Beschäftigung von Mitarbeitern des DB Konzerns (aktive und nicht mehr aktive – wie Pensionäre und Rentner)

Wir teilen mit, dass in unserem Unternehmen/Unternehmen der Bietergemeinschaft

- ☐ keine
☐ nachfolgend aufgeführte

.....
.....

Mitarbeiter dienst- bzw. werkvertraglich beschäftigt sind, welche außerdem ein Beschäftigungsverhältnis mit Gesellschaften des DB Konzerns unterhalten.

Des Weiteren erklären wir, dass

- ☐ keine
☐ nachfolgend aufgeführte

.....

Personen, die außerdem ein Beschäftigungsverhältnis zu einer Gesellschaft des DB Konzerns unterhalten, wirtschaftlich oder finanziell wesentlich an seinem Unternehmen beteiligt sind.

Eigenerklärung des Auftragnehmers als Bieter / Bietergemeinschaft

1. Wir sind nicht von der DB AG wegen Verfehlungen gesperrt und vom Wettbewerb ausgeschlossen worden.

2. Wir erklären, dass das Unternehmen

- ☐ keine schwere Verfehlung
☐ folgende schwere Verfehlung

begangen hat, die seine Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt (§124 Abs.1 Nr. 3 GWB).

3. Wir erklären, dass wir

- ☐ keine Kenntnis
☐ folgende Kenntnis

davon haben, dass

- a) eine Person, deren Verhalten gemäß § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen eines der in § 123 Abs. 1 bis 10 GWB genannten Tatbestände verurteilt ist oder
b) eine Geldbuße im Sinne des § 30 OWiG gegen das Unternehmen wegen einer der in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB genannten Tatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde.

4. Wir erklären, dass über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet ist, die Eröffnung weder beantragt noch ein Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.

5. Wir erklären, dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

6. Wir erklären, dass für das Unternehmen im Gewerbezentralregister

- ☐ keine Eintragung

Angebotserklärung zum Vertrag

Seite 2

Gültig ab: 18.02.2019

☐ nachfolgende Eintragung(en)

verzeichnet ist / sind.

Darüber hinaus erklären wir, dass derzeit

- ☐ kein Verfahren
☐ nachfolgende(s) Verfahren

anhängig ist / sind oder war(en), das / die noch zu einer Eintragung in das Gewerbezentralregister führen kann / können.

7. Wir erklären, dass das Unternehmen sein Gewerbe ordnungsgemäß angemeldet hat und – sofern nach Maßgabe der Vorschriften des HGB eintragungspflichtig – im Handelsregister eingetragen ist.

Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu seinem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines erteilten Auftrags wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen kann. Wir werden diese Erklärung im Falle der Auftragserteilung von **jedem** für bauauf-fine Dienstleistungen vorgesehenen Nachunternehmer **vor** dessen Beauftragung einholen und diese dem Auf-traggeber unverzüglich und unaufgefordert vorlegen. Wir sind uns bewusst, dass der Auftraggeber bei fehlender Erklärung den Einsatz des vorgesehenen Nachunternehmers untersagen kann. Diese Erklärung gilt bei Bieter-gemeinschaften für jedes einzelne Gemeinschaftsmitglied.

Erklärungen zu gesetzlichen Verpflichtungen

Wir sind unserer gesetzlichen Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung) nach-gekommen.

Wir werden die Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG - sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns - MiLoG - bei der Durchführung der angebotenen Leistung beachten.

Präqualifikation und Leistung/ Qualifikation Bahnübergangsposten

Wir sind für das Einkaufssegment Sicherungsleistungen bei der Deutschen Bahn AG präqualifiziert. Sämtliche für die Präqualifikation für das Einkaufssegment Sicherungsleistungen erforderlichen Voraussetzungen **liegen weiterhin unverändert vor.**

☐ Wir bieten laut Angebot Leistungen für Bahnübergangsposten an.

Bei angebotenen Leistungen für Bahnübergangsposten wird bestätigt, dass die eingesetzten Personale über gültige Befähigungen verfügen. Die Bahnübergangsposten sind Bestandteil des vorhandenen QM-Systems.

Kartellrechtliche Compliance und Korruptionsprävention

- a) Wir erklären, dass das Unternehmen in Bezug auf die Vergabe bzw. und darüber hinaus auch in den vergangenen zehn Jahren - keine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen hat. Unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abreden in diesem Sinne sind Verstöße gegen die kartellrechtlichen Kernbeschränkungen i.S.v. Art. 101 AEUV, § 1 GWB (Preis-, Submissions-, Mengen-, Quoten-, Gebiets- und Kundenabsprachen).
- b) Wir erklären, dass das Unternehmen sich zu einem unbeschränkten Wettbewerb und zur Korruptionsprävention bekennt und sichergestellt hat, dass sich die Unternehmensführung der Bedeutung bewusst ist, die der Beachtung aller geltenden Wettbewerbs- und Korruptionsgesetze zukommt.
- c) Eine kartellrechtliche Compliance-Organisation gemäß der Anlage 2.10 „EVB Kartellprävention“ ist vorhanden.

Eigenerklärung zum DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner

Die Eigenerklärung Verhaltenskodex für Geschäftspartner ist auf dem Vertrag als Anlage 2.20 Eigenerklärung Verhaltenskodex 208.1213V28 zu bestätigen.

Bei Bietergemeinschaften ist eine gesonderte Eigenerklärung von jedem einzelnen Gemeinschaftsmitglied abzugeben.

Wird keine der in der Eigenerklärung aufgeführten drei Möglichkeiten ausgewählt, wird das Angebot bereits deswegen vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Hinweise: Vertreter von Unternehmen, die außerhalb der Landesgrenzen der Bundesrepublik Deutschland ihren Geschäftssitz haben, geben die oben genannten Erklärungen nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, ab.

Wissentlich falsche Angaben können den Ausschluss vom diesem und weiteren Vergabeverfahren des Konzerns Deutsche Bahn zur Folge haben.

Mit der Unterschrift unter dem beiliegenden Vertrag bestätigen wir die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.



Vertrag
19FEI42610

zwischen dem Auftraggeber

DB Station&Service AG
Zentrale
Europaplatz 1
10557 Berlin

- nachstehend Auftraggeber (AG) genannt -
vertreten durch die vertragsabwickelnde Stelle
und
der Firma (bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften alle Mitglieder)

.....
.....
.....
.....

- nachstehend Auftragnehmer (AN) genannt -

über

Sicherungs- und Bauaffine Dienstleistungen

für die Maßnahme/das Projekt

Sicherungs- und Bauaffine Dienstleistungen für den Umbau der Verkehrsstation Treysa in km 62,2 auf der
Strecke (3900) Kassel - Frankfurt

Zuständige Stellen:

Vertragsabwickelnde Stelle:

DB Station&Service AG
Regionalbereich Mitte
I.SP-MI-I(B2)
Weilburger Straße 22
60326 Frankfurt/Main

die beschaffende Stelle:

Deutsche Bahn AG
Beschaffung Infrastruktur
Region Mitte, FS.EI-M-A
Hahnstraße 49
60528 Frankfurt/Main

für den Bahnbetrieb zuständige Stelle:

DB Netz AG
Regionalbereich Mitte
Bau- und Betriebskoordination PFZ
Pfarrer-Perabo-Platz 4
60326 Frankfurt/Main

Bauüberwachende Stelle:

wird noch benannt



Beteiligte Behörden:

Behörde für hoheitliche (bauaufsichtliche)
Aufgaben:

Eisenbahn-Bundesamt (EBA)
Außenstelle Frankfurt/Saarbrücken
Untermainkai 23-25, 60329 Frankfurt/Main
EBA Saarbrücken

Rechnungsanschrift:

Siehe SAP-(Abruf)bestellung

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Integritätsklausel
§ 2	Gegenstand des Vertrages und Leistungspflichten des Auftragnehmers
§ 3	Bestandteile des Vertrages / Rangfolgenregelung
§ 4	Kombinierte Bauleistungs-/Haftplichtversicherung
§ 5	Ausführungsfristen und -termine
§ 6	Vertragsstrafen
§ 7	bleibt frei
§ 8	bleibt frei
§ 9	Vergütung
§ 10	bleibt frei
§ 11	Arbeitsgemeinschaften
§ 12	Kündigung des Vertrages
§ 13	Streitigkeiten, Gerichtsstand
§ 14	Nachunternehmer
§ 15	Vertretung des Auftraggebers
§ 16	bleibt frei
§ 17	bleibt frei
§ 18	bleibt frei
§ 19	Schlussbestimmungen

Anlagenverzeichnis

Vertragsteile

- ☒ Anlage 1 Allgemeine Vertragsbedingungen für Sicherungsleistungen und bauaffine Dienstleistungen (AVB-SbaD)
- ☒ Anlage 2 Zusätzliche Vertragsbedingungen für Nebenleistungen und Abrechnung bei Sicherungs- und bauaffine Dienstleistungen (ZVB-SbaD)
- ☒ Anlage 2.10 Ergänzende Vertragsbedingungen der Deutschen Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen für die Kartellprävention (EVB Kartellprävention) (RRil 208.1210A09)
- ☒ Anlage 2.20 Eigenerklärung Verhaltenskodex für Geschäftspartner
- ☒ Anlage 2.30 Anforderungen an Eignungsuntersuchungen
- ☒ Anlage 3 DVA-Versicherungsmerkblatt
- ☒ Anlage 4 Formular Angaben zur Preisermittlung gemäß Ziffer 5 der Bewerbungsbedingungen sind auf Verlangen innerhalb 7 Kalendertagen vorzulegen
- ☒ Anlage 5 Nebenangebote
- ☒ Anlage 6 Vordruck Anmeldung von Nachtragsleistungen

Leistungsbeschreibung

- ☐ Anlage 7 bleibt frei
- ☒ Anlage 8 Vorbemerkungen mit allgemeinen und technischen Angaben
- ☒ Anlage 9 Leistungsverzeichnis
- ☒ Anlage 10 Lageplan
- ☒ Anlage 11 Baulogistik
- ☒ Anlage 12 Übersichtskarte
- ☒ Anlage 13 Baubeschreibung
- ☒ Anlage 14 Rahmenterminplan
- ☐ Anlage
- ☐ Anlage
- ☐ Anlage

§ 1 Integritätsklausel

- 1.1 Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichten sich, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption und anderen strafbaren Handlungen zu ergreifen. Sie verpflichten sich insbesondere, in ihren Unternehmen alle notwendigen Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen, um schwere Verfehlungen zu vermeiden.

Schwere Verfehlungen sind, unabhängig von der Beteiligungsform der Täterschaft, Anstiftung oder Beihilfehandlung

- a) schwerwiegende Straftaten, die im Geschäftsverkehr begangen worden sind. Hierzu zählen strafbare Handlungen, die einen Betrug (§ 263 StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Fälschung beweisheblicher Daten (§ 269 und § 270 StGB), Mittelbare Falschbeurkundung (§ 271 StGB), Urkundenunterdrückung (§ 274 StGB) und Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB) darstellen,
- b) das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Vorteilen an Beamte, Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete, die bei der Vergabe oder Ausführung von Aufträgen mitwirken (Bestechung oder Vorteilsgewährung) - §§ 333 - 335 StGB,
- c) das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Vorteilen an Vorstände, Geschäftsführer oder sonstige Beschäftigte der DB AG, ohne dass es sich bei diesen Beschäftigten um Amtsträger oder besonders für den öffentlichen Dienst Verpflichtete handelt (vgl. insoweit auch §§ 299, 300 StGB, soweit es sich um die Bestechung von Angestellten handelt),
- d) das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Vorteilen an freiberuflich Tätige, die im Auftrag der DB AG oder ihrer Konzernunternehmen bei der Auftragsvergabe oder der Auftragsabwicklung tätig sind (vor allem Planer, Bauüberwachung),
- e) das zu Zwecken des Wettbewerbs, aus Eigennutz, zugunsten eines Dritten oder in der Absicht, dem Inhaber des Geschäftsbetriebs Schaden zuzufügen, unbefugte Verschaffen, Sichern, Verwerten oder Mitteilen von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen im Sinne des § 17 Abs. 2 UWG, das zu Zwecken des Wettbewerbs oder aus Eigennutz unbefugte Verwerten oder Mitteilen im geschäftlichen Verkehr anvertrauter Vorlagen oder Vorschriften technischer Art im Sinne des § 18 UWG sowie darüber hinaus die zu Zwecken des Wettbewerbs oder aus Eigennutz unbefugte Verwertung oder Weitergabe von im geschäftlichen Verkehr anvertrauter Vorlagen oder Vorschriften technischer Art und kaufmännischer Informationen des Auftraggebers auch auf Disketten und sonstigen Datenträgern, sowie
- f) Verstöße gegen den Ersten Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), unter anderem Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die Aufrechnung von Ausfallentschädigungen sowie über Gewinnbeteiligung und Abgaben an andere Bewerber.

Eine schwere Verfehlung im vorgenannten Sinne liegt auch vor, wenn der Bewerber bzw. Unternehmer Personen, die Beschäftigten, Geschäftsführern oder Vorständen des DB-Konzerns Nahe stehen, unerlaubte Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt.

Eine solche Verfehlung liegt ebenfalls vor, wenn der Bewerber oder Unternehmer konkrete Planungs- und Ausschreibungshilfen leistet, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu unterlaufen.

- 1.2 Wird im Zusammenhang mit der Abwicklung des konkreten Bieterverfahrens/Auftragsverhältnisses/ Bauvorhabens zum Nachteil des Auftraggebers eine schwere Verfehlung im Sinne der Ziffer 1.1 durch einen Mitarbeiter oder Geschäftsführer/Vorstand des Auftragnehmers oder eines von ihm beauftragten Subunternehmers heraus begangen, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Vertragsstrafe zu zahlen. Sie beläuft sich

- a) auf 7 % der geprüften Bruttoabrechnungssumme, soweit die Verfehlung durch einen Geschäftsführer/Vorstand des Auftragnehmers begangen wurde,
- b) auf 5 % der geprüften Bruttoabrechnungssumme, soweit die Verfehlung durch einen Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigten begangen wurde,
- c) auf 2 % der geprüften Bruttoabrechnungssumme, soweit die Verfehlung durch andere Mitarbeiter oder Subunternehmer des Auftragnehmers begangen wurde,

mindestens jedoch auf 5.000 €. Die Geltendmachung eines Schadensersatzes durch den Auftraggeber infolge einer begangenen Verfehlung bleibt von der Vertragsstrafe unberührt, wobei in diesem Fall eine verwirkte Vertragsstrafe auf diesen Schadensersatz angerechnet wird. Eine nach dieser Ziffer verwirkte Vertragsstrafe steht neben der Vertragsstrafe aus § 6; sie wird gesondert geltend gemacht. Eine solche Geltendmachung ist bis zur Schlusszahlung möglich.

Eine Vertragsstrafe nach dieser Vorschrift entfällt, soweit eine schwere Verfehlung gemäß Ziffer 1.1 durch einen Subunternehmer des Auftragnehmers begangen, die Auswahl dieses Subunternehmers durch den Auftraggeber zwingend vorgeschrieben wurde und der Auftragnehmer bzw. bei ihm beschäftigte Mitarbeiter, deren Vorstände oder Geschäftsführer oder sonst von ihm eingeschaltete Dritte nicht selbst an der schweren Verfehlung beteiligt sind.

- 1.3 Wird eine schwere Verfehlung im Sinne der Ziffer 1.1 durch einen Mitarbeiter oder Geschäftsführer/Vorstand des Auftragnehmers heraus begangen,
- a) ist der Auftraggeber zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt.
 - b) wird der Auftragnehmer bei Aufträgen durch die DB AG und ihrer Konzernunternehmen grundsätzlich von der Teilnahme am Wettbewerb für einen Zeitraum von vier Monaten bis zu drei Jahren ausgeschlossen. In besonders schweren Fällen einer Verfehlung kann die Sperre auf bis zu sieben Jahre verlängert werden. Dabei weist der Auftraggeber gesondert darauf hin, dass ein Ausschluss vom Wettbewerb auch dann erfolgen kann, wenn bereits ein dringender Tatverdacht für eine Verfehlung gemäß Ziff. 1.1 besteht.
- 1.4 Auftraggeber und Auftragnehmer geben sich zur Ermöglichung der Etablierung und Ausgestaltung einer rechtskonformen Geschäftsbeziehung wechselseitig die Zustimmung zur regelmäßigen Überprüfung ihrer Daten nach den jeweils aktuellen Sanktionslisten auf Basis der EG-VO 2580/2001 und EG-VO 881/2002 (Anti-Terror-Verordnungen) und sonstigen nationalen und internationalen gängigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere hinsichtlich der Datensparsamkeit und der Datensicherheit, beachten.

Der Auftragnehmer erklärt, dass sein Unternehmen und seine Mitarbeiter nicht auf einer der vorgenannten Sanktionslisten verzeichnet sind. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass im Geschäftsbetrieb seines Unternehmens die Umsetzung der Anti-Terror-Verordnungen und sonstigen nationalen und internationalen Embargo- und Handelskontrollvorschriften erfolgt. Weiterhin verpflichtet sich der Auftragnehmer, etwaige bei der Prüfung nach den vorgenannten Sanktionslisten gefundene positive Ergebnisse dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

- 1.5 Der Umfang der Sperre sowie die Wiederzulassung zum Wettbewerb richten sich nach der „Richtlinie der DB AG zur Sperrung von Auftragnehmern oder Lieferanten“, welche jederzeit beim AG eingesehen werden kann.

§ 2

Gegenstand des Vertrages und Leistungspflichten des Auftragnehmers

- 2.1 Gegenstand dieses Vertrages ist
- ☒ die Sicherung von Arbeitskräften zur Abwendung der Gefahren aus dem Bahnbetrieb bei Arbeiten in Gleisbereichen der DB AG und deren verbundene Unternehmen; hier: Gefahren, die von bewegten Schienenfahrzeugen ausgehen.
 - ☒ die Erbringung von bauaffinen Dienstleistungen.
- 2.2 Optionale Leistungen
- ☐ Der AG ist berechtigt, dem AN bei Fortsetzung der Durchführung der Baumaßnahme ggf. weitere Leistungen (optionale Leistungen) nach Anlage 9 zu übertragen. Die Übertragung erfolgt durch schriftliche Mitteilung. Die Beauftragung erfolgt mindestens 6 Wochen vor Ausführung dieser optionalen Leistung. Einen Anspruch auf Übertragung hat der AN nicht und zwar auch dann nicht, wenn die Baumaßnahme fortgesetzt wird. Aus der stufenweisen Übertragung kann der AN keinen Anspruch auf Erhöhung der vereinbarten Verrechnungssätze ableiten.
- 2.3 Der Auftragnehmer erbringt sämtliche Leistungen, die sich aus den in § 3 genannten Bestandteilen dieses Vertrages ergeben, nach den Regelungen dieses Vertrages inkl. seiner Anlagen, den gesetzlichen Vorschriften und den anerkannten Regeln der Technik.

§ 3

Bestandteile des Vertrages/Rangfolgeregelung

- 3.1 Beim vorliegenden Vertrag handelt es sich um einen:
- ☒ Einheitspreisvertrag;
 - ☐ Pauschalvertrag;
- 3.2 Vertragsbestandteile sind rangmäßig in der nachstehenden Reihenfolge:
- 3.2.1 Protokoll über die Aufklärung des Angebotsinhaltes , vertragsrelevanter Schriftverkehr (siehe Unterschriftenseite, von beiden Parteien unterzeichnete Protokolle; das jüngere Dokument geht dabei im Fall von Widersprüchen dem zeitlich älteren Dokument vor).
 - 3.2.2 Die Bestimmungen dieses Vertragstextes.
 - 3.2.3 Die Leistungsbeschreibung nebst Anlagen:
 - 3.2.3.1 Leistungsverzeichnis / Leistungstext
 - 3.2.3.2 Vorbemerkungen
 - 3.2.4 Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für Sicherungsleistungen und bauaffinen Dienstleistungen – AVB SbaD (Anlage 1)
 - 3.2.5 Die übrigen Anlagen des Vertrages gemäß Anlagenverzeichnis.
 - 3.2.6 Das Regelwerk der DB AG und die einschlägigen UVV sowie die öffentlich rechtlichen Bestimmungen.
 - 3.2.7 Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Ausgabe 2003

§ 4

Kombinierte Bauleistungs-/Haftpflichtversicherung

- ☒ Für Bauvorhaben hat der AG (Versicherungsnehmer) eine kombinierte Bauleistungs-/Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Die Prämie, einschl. Versicherungssteuer, wird durch den AG gezahlt.

Der AG (Versicherungsnehmer) hat für alle an der Ausführung beteiligten Planer und Unternehmer (Mitversicherte) eine kombinierte Bauleistungs-, Montage- und Haftpflichtversicherung unter Einbezug seines eigenen Interesses abgeschlossen (siehe Anlage(n) Merkblatt/-blätter zur Kombinierten Bauleistungs-, Montage- und Haftpflichtversicherung). Es gilt der Wortlaut des Versicherungsvertrages. Alle Kosten, die dem AN durch seine Mitwirkung bei der Schadensabwicklung entstehen, sind mit der Vergütung abgegolten. Die Versicherungsprämie einschließlich der jeweils gültigen Versicherungssteuer wird vom AG gezahlt. Der AG weist darauf hin, dass Prämien für weitere Versicherungen, deren Deckung dieser vom AG beigestellten Deckung entspricht (Doppelversicherungen), nicht vergütet werden. Der Bieter/AN versichert, dass Prämien für derartige Versicherungen nicht einkalkuliert sind.

- ☐ Die Leistungen stehen nicht im Zusammenhang mit einem Bauvorhaben; vom AG besteht kein Versicherungsschutz.

Die Deckungssummen der Haftpflichtversicherung des AN müssen betragen:

€ 2.560.000,-- pauschal für Personen und sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden).

Der AN hat binnen zweier Wochen nach Vertragsabschluss das Bestehen einer Haftpflichtversicherung mit den vorgenannten Deckungssummen nachzuweisen.

Kommt der AN seiner Verpflichtung eines vereinbarungsgemäßen Versicherungsschutzes nicht nach, ist der AG zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.

Die Haftpflichtversicherung bei Arbeitsgemeinschaften muss sich auf das Haftpflichtrisiko aller Arbeitsgemeinschaftsmitglieder erstrecken. Die Arbeitsgemeinschaft wird innerhalb von zwei Wochen nach Vertragsabschluss eine schriftliche Erklärung des Versicherers vorlegen, dass diese Deckung vorhanden ist. Gerät die Arbeitsgemeinschaft mit der Übersendung in Verzug, ist der AG zur fristlosen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

§ 5 Ausführungsfristen und -termine

- 5.1 Vertragstermine sind Ausführungsbeginn, Fertigstellungstermin sowie ausdrücklich als Vertragstermine vereinbarte Zwischentermine.
- 5.2 Leistungen des AN sind wie folgt zu beginnen und zu vollenden:
Übertragene Leistungen nach § 2 Nr. 2.1,
Beginn der Ausführung an der Baustelle: **24.02.2020**
Fertigstellung der vertraglichen Leistungen: **30.06.2022**
- ~~5.3 Zur Übertragung vorgesehene Leistungen (optionale Leistungen) nach § 2 Nr. 2.2
Voraussichtlicher Beginn der Ausführung an der Baustelle: _____
Voraussichtliche Zwischentermine, die Vertragstermine sind/werden: _____

Fertigstellung der optionalen Leistungen: _____~~

§ 6 Vertragsstrafen

Folgende Vertragsstrafen werden vereinbart:

- 6.1 Bei schuldhafter Überschreitung von Vertragsterminen gemäß § 5 hat der Auftragnehmer Vertragsstrafe zu zahlen.
Die Vertragsstrafe beträgt für jeden Kalendertag der schuldhaften Überschreitung
- bei Anfangsterminen / Zwischenterminen:
0,1 v. H. der Auftragssumme für die betroffene(n) Teilleistung(en) netto
Die vorstehende Vertragsstrafe wird insgesamt auf 5,0 v.H. der Auftragssumme für die von dem Zwischentermin betroffene(n) Teilleistung(en) netto begrenzt.
 - bei Endterminen:
0,1 v. H. der Auftragssumme netto
Die vorstehenden Vertragsstrafen werden insgesamt auf **5,0 v. H.** der Auftragssumme netto begrenzt.
- 6.2 Bei schuldhafter Beeinträchtigung des Bahnbetriebs hat der Auftragnehmer in jedem Einzelfall für jede Überschreitungsminute / Behinderungsminute / Verspätungsminute folgenden Betrag zu zahlen:
- bei IC- und ICE-Strecken **170,00 €** (i. W. einhundsiebzig)
 - bei allen anderen Strecken **85,00 €** (i. W. fünfundachtzig).
- Der Betrag wird pro Kalendertag auf **0,1 v. H.** der Auftragssumme netto und insgesamt auf **5,0 v. H.** der Auftragssumme netto begrenzt.
- 6.3 Die vorstehenden Vertragsstrafen in Ziffer 6.1 und 6.2 werden insgesamt auf **5,0 v. H.** der Auftragssumme netto begrenzt.
- 6.4 Andere Vertragsstrafen:
- 6.4.1 Pressemitteilungen / Veröffentlichungen
Ohne das vorherige schriftliche Einverständnis des AG ist der AN nicht berechtigt, von sich aus die Presse, den Rundfunk, das Fernsehen oder andere öffentliche Nachrichtenträger über die Erteilung oder den Inhalt des Auftrages zu informieren. Gleiches gilt für Veröffentlichungen bezüglich des Bauvorhabens und seiner Realisierung in (Fach-) Zeitschriften und Zeitungen. Verstößt der AN schuldhaft gegen die Verpflichtung das vorherige schriftliche Einverständnis des AG einzuholen, so ist der AN verpflichtet, dem AG einmalig eine Vertragsstrafe in Höhe von **1,0 v. H.** der Auftragssumme zu bezahlen.

6.4.2 Neben den Vertragsstrafen in Ziffer 6.1 und Ziffer 6.2 sind noch folgende Vertragsstrafen vereinbart:

Die hier genannten Vertragsstrafen sind insgesamt auf einen Gesamtbetrag von **5,0 v. H.** der Auftragssumme netto begrenzt.

6.5 Insgesamt werden die Vertragsstrafen gemäß vorstehender Ziffer 6.1, 6.2 und 6.4 auf einen Gesamtbetrag von **5,0 v. H.** der Auftragssumme netto begrenzt.

Die Geltendmachung weiterer Ansprüche durch den Auftraggeber bleibt unberührt. Auf einen weitergehenden Schadenersatzanspruch des Auftraggebers wird die verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

Bereits verwirkte Vertragsstrafen entfallen nicht durch die Vereinbarung neuer Termine. Im Falle der Vereinbarung neuer Termine oder der einvernehmlichen Fortschreibung von Vertragsterminen bei Bauzeitverschiebungen gilt das Vertragsstrafeversprechen entsprechend für die neuen Termine.

Eine einmal verwirkte Vertragsstrafe für den Beginn- oder einen Zwischentermin wird auf nachfolgend verwirkte Vertragsstrafen für weitere Zwischen- oder Fertigstellungstermine angerechnet.

6.6 Es wird darauf hingewiesen, dass in der Integritätsklausel in § 1 Ziffer 1.2 dieses Vertrages weitere Vertragsstrafen vereinbart sind, die neben den hier in § 6 Ziffer 6.1, 6.2 und 6.4 vereinbarten Vertragsstrafen stehen und gesondert geltend gemacht werden.

§ 7

Bleibt frei

§ 8

Bleibt frei

§ 9

Vergütung

9.1 Die angebotene Vergütung beträgt gesamt: € (Angebotssumme, netto)

Hiervon entfallen

- auf das Los xx: € (Angebotssumme, netto)
- auf das Los xx: € (Angebotssumme, netto)

☒ Sie enthält Einheitspreise gemäß Leistungsverzeichnis.

☐ pauschal

9.2 Der AN gewährt auf alle Einheitspreise folgende Preisnachlässe ohne Bedingung:

9.3 Von jeder einzelnen Zahlung (Abschlags-/Teilschluss-/Schlusszahlung) wird von der jeweiligen Netto-rechnungssumme entsprechend Skonto abgezogen, wenn folgende Zahlungsfristen eingehalten werden:

Zahlung innerhalb von 21 Kalendertagen 3% Skonto

Zahlung innerhalb von 22-30 Kalendertagen 0% Skonto

Die jeweilige Zahlungsfrist beginnt ab Zugang der entsprechenden prüffähigen Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung.

9.4 Die vertraglich vereinbarte Vergütung beträgt:

für die übertragenen Leistungen: € für Los(e).....
(Vergabesumme gesamt, netto)

(wird vom **AG** vor Vergabe der übertragenen Leistungen eingetragen)

für die optionalen Leistungen: _____ € für Los(e) _____
(Vergabesumme gesamt, netto)

(wird vom AG vor Vergabe der übertragenen Leistungen eingetragen)

Abweichungen der vertraglich vereinbarten Vergütung von der angebotenen Vergütung sind in den Protokollen bzw. im vertragsrelevanten Schriftverkehr gemäß 3.2.1 rechtsverbindlich vereinbart.

Unter Berücksichtigung der Sicherungszeit und der KoRil 132.0118 wurden die Mengenvorgaben im Leistungsverzeichnis vom Auftraggeber ermittelt. Abgerechnet werden die nachgewiesenen, tatsächlichen Mengen.

§ 10

Bleibt frei

§ 11

Arbeitsgemeinschaften

Das Gemeinschaftsmitglied _____

ist von den Gemeinschaftsmitgliedern bevollmächtigt, die Gemeinschaft gegenüber dem AG beim Abschluss und bei der Durchführung des Vertrags in vollem Umfang zu vertreten. Der AG ist berechtigt, alle Zahlungen mit befreiender Wirkung gegenüber allen Gemeinschaftsmitgliedern an das bevollmächtigte Mitglied zu leisten, und zwar auf ein von ihm auf der Rechnung (Abschlags-, Schlussrechnung) angegebenes Konto. Diese Bevollmächtigung kann nur mit Zustimmung des AG und nur durch eine von allen Gemeinschaftsmitgliedern unterzeichnete schriftliche Erklärung eingeschränkt oder zurückgenommen werden. Jedes Gemeinschaftsmitglied haftet für die Ausführung der gesamten Leistung gesamtschuldnerisch.

Kunden- Nr.	ARGE-Mitglied	Leistungsanteil in %	Funktion (kfm./techn. Federführung)
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____

§ 12

Kündigung des Vertrages

- 12.1 Der AG kann bis zur Vollendung der Leistung des AN den Vertrag jederzeit kündigen. Kündigt der AG, so ist der AN berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen; er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.
- 12.2 Die Kündigung des AG kann auf in sich geschlossene Teile der Leistung beschränkt werden. Die Rechte des AN hinsichtlich der gekündigten Teilleistung bestimmen sich nach Abs. (1). Der AN hat keinen Anspruch auf entgangenen Gewinn, wenn ihm im Zusammenhang mit der Teilkündigung ein gleichwertiger Ersatzauftrag angeboten wird.
- 12.3 Der Vertrag ist für beide Seiten aus wichtigem Grund kündbar. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn einer Vertragspartei die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht mehr zugemutet werden kann wegen nach Vertragsabschluss eingetretener Umstände, welche die andere Vertragspartei zu vertreten hat. Ein wichtiger Grund für die Kündigung durch den AG liegt insbesondere vor, wenn der AN seine Zahlungen eingestellt hat oder das Insolvenzverfahren bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt oder eine solches Verfahren eröffnet der dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird oder er die eidesstattliche Versicherung nach § 807 ZPO abgegeben hat.

- 12.4 Ein wichtiger Grund für den AG liegt auch vor,
- a) wenn der AN die vereinbarte Leistung trotz schriftlicher Mahnung nicht vertragsgemäß erbringt.
 - b) wenn der AN einen Nachunternehmer ohne schriftliche Zustimmung des AG beauftragt oder eine Weitergabe durch Nachunternehmer zulässt und/oder duldet (siehe § 14). Der Auftraggeber ist berechtigt zu kündigen, wenn der AN nach Ablauf einer ihm vom AG gesetzten Frist die ohne schriftliche Zustimmung tätigen Nachunternehmer von der Baustelle nicht entfernt hat.
 - c) wenn der AN gegen sicherheitsrelevante Bestimmungen verstößt, insbesondere gegen UVV z. B. DGUV Vorschrift 4, DGUV Vorschrift 72, DGUV Vorschrift 78, DGUV Vorschrift 39, DGUV Vorschrift 101-024, PHB AMS DB-Konzern RRil 132.0118 und RRil 132.0123.
 - d) wenn der AN die Zahlungen einstellt, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen beantragt ist oder er die eidesstattliche Versicherung nach Zivilprozessordnung § 807 abgegeben hat.
 - e) wenn der AN im Rahmen des Präqualifikationsverfahrens unrichtige Angaben gemacht hat.
 - f) wenn der AN die im Präqualifikations-Fragebogen abgefragten Anforderungen nicht mehr erfüllt.
 - g) wenn der AN gegen die Inhalte der Integritätsklausel (siehe § 1 Integritätsklausel) verstößt.
 - h) wenn der AN für einen Sicherungsposten mehr als einen Einsatznachweis (Vordruck 132.0118V07) führt.
- 12.5 Kündigt der AG aus diesen Gründen, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten. Ein Schadenersatzanspruch des AG bleibt unberührt.
- 12.6 Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 13

Streitigkeiten, Gerichtsstand

Liegen die Voraussetzungen für eine Gerichtsstandsvereinbarung nach § 38 Zivilprozessordnung vor, wird als Gerichtsstand **Frankfurt/Main** vereinbart.

§ 14

Nachunternehmer

- 14.1 Für die Vergabe von Sicherungsleistungen an Nachunternehmer gilt § 3 (b) AVB SbaD.
- 14.2 Folgende bauaffine Dienstleistungen werden an folgende Nachunternehmer vergeben:

<i>Leistung</i>	<i>Nachunternehmer</i>
.....
.....
.....

§ 15

Vertretung des Auftraggebers

- 15.1 Die vom Auftraggeber bei der Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung des Bauvorhabens eingesetzten Personen, insbesondere Architekten, Ingenieure, Bauleiter und Sonderfachleute sind nicht berechtigt, den Auftraggeber rechtsgeschäftlich zu vertreten. Der Ausschluss der Vertretungsmacht umfasst auch die Abgabe und Entgegennahme von einseitigen rechtsgeschäftlichen oder rechtsgeschäftsähnlichen Erklärungen, wie Mitteilungen, Anzeigen, Aufforderungen, Vorbehalte u. ä. Ausgeschlossen sind daher insbesondere Vereinbarungen und Anordnungen, die eine Zahlungspflicht des Auftraggebers begründen können.
- 15.2 Die Vertretung des Auftraggebers wird stattdessen ausschließlich von den nachfolgend genannten Personen wahrgenommen:

DB Station&Service AG, Herr Norbert Hangen, I.SP-MI-I, Weilburger Straße 22, 60326 Frankfurt/Main

DB Station&Service AG, Herr Christian Osterwind, I.SP -MI-I, Weilburger Straße 22, 60326 Frankfurt/Main

Die Vertretungsmacht der gesetzlichen Vertreter und Personen, deren Vertretungsmacht gesetzlich bestimmt ist (z. B. Prokuristen), wird durch diese Regelung nicht eingeschränkt.

§ 16

Bleibt frei.

§ 17

Bleibt frei.

§ 18

Bleibt frei.

§ 19

Schlussbestimmungen

- 19.1 Abschluss, Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags (z. B. Nebenabrede) bedürfen grundsätzlich der Schriftform.
- 19.2 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags unwirksam sein, so ist dies ohne Einfluss auf die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen und des Vertrags selbst.
- 19.3 Die Vertragsparteien haben jedoch alles zu tun, um eine unwirksame Bestimmung bzw. eine Regelungslücke durch eine wirtschaftlich entsprechende Bestimmung zu ersetzen bzw. zu schließen.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschriften und Stempel des Bieters/AN bei Bieter-/Arbeitsgemeinschaften aller Mitglieder)

.....
(Unterschriften Auftraggeber)

DB Station&Service AG
Regionalbereich Mitte

DB Station &Service AG
Regionalbereich Mitte

Deutsche Bahn AG
Beschaffung Infrastruktur
Region Mitte
für DB Station&Service AG

Verhandlungsprotokolle und/oder vertragsrelevanter Schriftverkehr

vom, Anlage

vom, Anlage

vom, Anlage